

BDS: Wie eine kontroverse gewaltfreie Bewegung die israelisch-palästinensische Diskussion verändert hat

Nathan Thrall, theguardian.com, 14.08.18 (Der Artikel wurde in der Übersetzung gekürzt)

Israel sieht in der internationalen Boykottkampagne eine existenzielle Bedrohung für den jüdischen Staat. Die Palästinenser betrachten es als ihren letzten Ausweg.

Die Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel (BDS) hat die Welt etwas durcheinander gebracht. Seit ihrer Gründung vor 13 Jahren hat sie sich fast so viele Feinde gemacht, wie Israelis und Palästinenser zusammen. Sie hat auch die Bestrebungen der arabischen Staaten gestört, ihren jahrzehntelangen Boykott für eine immer offenere Zusammenarbeit mit Israel vollständig aufzugeben. Sie hat die Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah beschämt, indem sie ihre Sicherheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der israelischen Armee und Militärverwaltung angeprangert hat. Sie hat die Palästinensische Befreiungsorganisation verärgert, indem sie sich in ihre Position als international anerkannte Fürsprecherin und Vertreterin der Palästinenser weltweit eingemischt hat.

Sie hat die israelische Regierung in Wut versetzt, indem sie versucht, sie zu einem Aussätzigen unter Liberalen und Progressiven zu machen. Die BDS-Bewegung hat die Reste des israelischen Friedenslagers verärgert, indem sie die Palästinenser von einem Kampf gegen die Besatzung, zu einem Anti-Apartheid-Kampf drängte. Sie hat eine so antidemokratische Gegenkampagne der israelischen Regierung ausgelöst, dass sie die israelischen Liberalen um die Zukunft des Landes fürchten lässt und sie hat den palästinensischen Geberregierungen in Europa große Kopfschmerzen bereitet, die von Israel unter Druck gesetzt werden, nicht mit BDS-unterstützenden Organisationen in den palästinensischen Gebieten zusammenzuarbeiten, eine unmögliche Bitte, da fast alle großen zivilgesellschaftlichen Gruppen in Gaza und im Westjordanland die Bewegung unterstützen.

BDS hat die Debatte von Verhandlungen über das Ende der Besatzung und der Teilung des Territoriums in einen Disput über die tieferen Gründe des Konflikts verwandelt hat: die ursprüngliche Vertreibung der Mehrzahl der PalästinenserInnen und die Errichtung eines jüdischen Staates auf den Ruinen ihrer ererbten Dörfer.

In einer Zeit der sozialen Verantwortung auch bei Unternehmen, hat BDS großen Unternehmen, die in Israels Besatzung verwickelt sind ([Airbnb](#), [Re/Max](#), [HP](#)) schlechte Publicity verschafft und dazu beigetragen, andere große Firmen aus dem Westjordanland zu drängen. Die Bewegung hat Filmfestivals, Konzerte und Ausstellungen auf der ganzen Welt durcheinandergebracht, akademische und sportliche Organisationen in Unruhe versetzt, indem sie sie politisiert und gefordert hat Stellung zu beziehen. Sie hat palästinensische Künstler, die mit israelischen Institutionen zusammenarbeiten, erbost und sie beschuldigt, dadurch die Menschenrechtsverletzungen Israels zu decken.

In Großbritannien hat BDS Gerichte und Kommunen in Aufruhr versetzt und sie in Streitigkeiten über die Rechtmäßigkeit lokaler Boykotte von Gütern aus Siedlungen verwickelt. In den USA hat die Bewegung zwei dutzend Staaten dazu veranlasst, Gesetze zu verabschieden oder Anordnungen zu erlassen, die die Boykottierung Israels, oder seiner Siedlungen verhindern oder bestrafen und damit Israels Verbündete gegen Befürworter der freien Meinungsäußerung wie die American Civil Liberties Union auszuspielen. BDS hat Debatten in protestantischen Kirchen in den USA entfacht, von denen sich einige der größten von Unternehmen getrennt haben, die von der israelischen Besatzung profitieren.

Die Bewegung ist zum Fluch der Hochschulverwaltungen geworden die gezwungen sind, einerseits Beschwerden von Professoren und Studenten, die BDS unterstützen und die sich beschweren, ihre Redefreiheit werde behindert, und Behauptungen von zionistischen Fakultäten, Spendern und Studenten, die andererseits behaupten, dass ihr Campus zu „unsicheren“ Bereichen geworden seien, zu entscheiden.

Es hat Liberale zu größerer Unterstützung für die Palästinenser bewegt und dazu geführt, dass Israel in zunehmendem Maße zu einem parteiischen Thema in den USA wurde, das weniger mit Demokraten und Progressiven assoziiert wird, als mit Trump, Evangelikalen und der extremen Rechten.

Bei den jüdischen Bürgern außerhalb Israels, hat BDS zu neuen Spaltungen in der linken Mitte geführt. [...] Sie hat liberale Zionisten dazu gezwungen, sich damit auseinanderzusetzen, warum sie manchmal den Boykott von Produkten aus Siedlungen akzeptieren, jedoch nicht den Boykott des Staates, der sie schafft und unterstützt.

Die BDS-Bewegung hat die kritischeren Unterstützer Israels auch dazu gezwungen, ihren Widerstand gegen gewaltfreie Formen des Drucks auf Israel zu rechtfertigen, obwohl der fehlende reale Druck nichts dazu beigetragen hat, die Besetzung oder die Expansion von Siedlungen zu beenden. Sie hat liberale Zionisten die Bürde auferlegt, ihre Unterstützung für Israel zu rechtfertigen und zwar nicht für das abstrakte Ideal dessen, was sie hoffen, dass es eines Tages werden könnte, sondern für die tatsächlichen, langjährigen Praktiken dieses Staates, einschließlich der Enteignungen von palästinensischem Land für die jüdische Besiedlung; die Inhaftierung von hunderten von Palästinensern ohne Gerichtsverfahren oder Anklage; die kollektive Bestrafung von zwei Millionen Menschen, die unter einer mehr als zehn Jahre dauernden Blockade leben und die institutionalisierte Ungleichheit zwischen jüdischen und palästinensischen Bürgern Israels.

Am wichtigsten ist vielleicht, dass die BDS-Bewegung den Zwei-Staaten-Konsens der internationalen Gemeinschaft in Frage gestellt hat. Damit hat sie die gesamte Industrie der gemeinnützigen Organisationen, diplomatischen Missionen und Denkfabriken des Nahost-Friedensprozesses verunsichert, indem sie ihre zentrale Prämisse untergräbt: dass der Konflikt einfach dadurch gelöst werden kann, dass die israelische Besetzung des Gazastreifens, Ost-Jerusalems und des übrigen Westjordanlandes beendet wird und die Rechte der palästinensischen Bürger Israels und der Flüchtlinge unbeachtet bleiben.

Für viele jüdische Bürger außerhalb Israels ist die BDS-Bewegung zu einem Symbol des Bösen und der Angst geworden, eine schändliche Kraft, die die Israel-Palästina-Debatte von Verhandlungen über das Ende der Besetzung und der Teilung des Territoriums in einen Disput über die tieferen Gründe des Konflikts verwandelt hat: die ursprüngliche Vertreibung der Mehrzahl der PalästinenserInnen und die Errichtung eines jüdischen Staates auf den Ruinen ihrer eroberten Dörfer.

Die Gründung der BDS-Bewegung hat alte Fragen nach der Legitimität des Zionismus wieder aufleben lassen, nach der Rechtfertigung der Privilegierung jüdischer Rechte gegenüber nicht-jüdischen Rechten und nach der Frage, warum Flüchtlinge in anderen Konflikten in ihre Heimat zurückkehren können, aber nicht in diesem. Die Bewegung hat vor allem eine heikle Frage hervorgehoben, die nicht endlos ignoriert werden kann: ob Israel, selbst wenn es die Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens aufgeben sollte, sowohl eine Demokratie als auch ein jüdischer Staat sein kann.

In der Altstadt von Bethlehem, in der Nähe des Souk- und Krippenplatzes, steht ein jahrhundertealtes Kalksteingebäude, das heute als Sitz des *Holy Land Trust* dient, einer palästinensischen Organisation, die sich dem gewaltfreien Widerstand gegen die israelische Herrschaft widmet. Sami Awad, der Gründer der Non-Profit-Organisation, hat ein Büro im obersten Stockwerk, in dessen Regalen Bücher von führenden Theoretikern und Praktikern des Protestes und des zivilen Ungehorsams stehen: Gene Sharp, Mahatma Gandhi, Nelson Mandela und Martin Luther King Jr., die alle eine wichtige Rolle in seinem Vorträgen, Publikationen spielen.

[...]

Seit den Anfangszeiten des Zionismus haben sich Juden und Araber boykottiert. In den Jahrzehnten vor Israels Gründung führte die zionistische Mainstream-Bewegung Kampagnen durch, um arabische Arbeiter zu boykottieren, arabische Produkte abzulehnen, Araber aus jüdischen Wohngemeinschaften auszuschließen und den arabischen Erwerb von Land in jüdischem Besitz zu verbieten. **Im Jahr 1922 forderte der fünfte palästinensisch-arabische Kongress einen Boykott jüdischer Waren. Als Israel 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt hatte, boykottierten palästinensische Anwälte israelische Gerichte, und Lehrer streikten unter dem Motto „Keine Bildung unter Besetzung“.** Israel reagierte auf diese und andere Aktivitäten des zivilen Ungehorsams mit Verhaftungen, Geldstrafen, Reisebeschränkungen, Ladenschließungen, Ausgangssperren und Deportationen von Lehrern, Anwälten, Bürgermeistern und Universitätspräsidenten.

Samis Onkel, Mubarak Awad war ein Pionier des gewaltlosen palästinensischen Widerstands in den 1980er Jahren: Mubarak ermutigte die Palästinenser, Rechnungen die ausschließlich auf Hebräisch geschrieben waren zurückzuschicken, Gerichtsvorladungen abzulehnen und die palästinensische Flagge zu hissen, was Anlass zur Verhaftung war. Inspiriert von Gandhis Boykott britischer Textilien plädierte er für den Ersatz israelischer Produkte durch palästinensische.

Doch erst mit der ersten Intifada, dem Volksaufstand gegen die Besetzung, der 1987 begann, bekam das von Mubarak und anderen befürwortete Programm seine Chance auf volle Entfaltung. Taktiken, für die er sich in kleinen Klassenzimmern und akademischen Zeitschriften eingesetzt hatte, wurden nun von einer Volksbewegung, die von großen politischen Parteien unterstützt wurde, weit verbreitet: Verbraucher

boykottierten israelische Waren und Dienstleistungen, Arbeiter in der israelischen Industrie weigerten sich zu arbeiten, Geschäfte wurden geschlossen, Kunden zogen Gelder von israelischen Banken ab, Bewohner weigerten sich, Steuern zu zahlen, und die meisten der palästinensischen Steuereinzahler und Polizisten traten zurück. Die Bank of Israel berichtete, dass der palästinensische Boykott Israel allein im ersten Jahr des Aufstandes 650 Millionen Dollar (heute 1,4 Milliarden Dollar) gekostet habe. Mubarak wurde angeklagt, „eine Rebellion gegen den Staat zu schüren“ und wie Dutzende andere, wurde er im ersten Jahr der Intifada deportiert.

Sami Awad wurde von seinen Eltern nach Kansas geschickt, um sein Studium fortzusetzen. Als er 1996 nach Bethlehem zurückkehrte, war es durch den Osloer Friedensprozess verändert. Zehntausende von PLO-Funktionären und Kämpfern waren aus dem arabischen Exil in das Westjordanland und den Gazastreifen umgezogen. Sie waren nun Funktionäre in der neu gegründeten palästinensischen Verwaltung. Eine Kultur des Widerstands war durch eine Kultur des Zusammenlebens ersetzt worden. Eine Friedensindustrie blühte auf, da ausländische Gelder zur Finanzierung von Dialoggruppen, NGOs und Initiativen flossen. Wie die meisten Palästinenser war Awad optimistisch, dass der Frieden am Horizont sei.

Innerhalb von zwei Jahren verblasste sein Optimismus. Die nach dem Osloer Abkommen von 1993 entstandene palästinensische Verwaltung schien weniger eine entstehende Demokratie zu sein, die zu einem unabhängigen Staat im Westjordanland und im Gazastreifen führen würde, als ein wachsender Polizeistaat. Endlos wurde über Frieden und Koexistenz geredet, aber vor Ort erlebte er zunehmende Segregation und Einschränkungen seiner Freiheit.

Die palästinensischen Autonomiegebiete im Westjordanland waren kleine, nicht miteinander verbundene Inseln, von denen 165 von einem Meer an unter israelischer Kontrolle stehenden Gebieten umgeben waren. In diesem Meer - das 60 % des Westjordanlands ausmacht und das tabu ist für die palästinensische Behörde - beschlagnahmte Israel Land zur Besiedlung, zerstörte palästinensische Gebäude und gab der Siedlerbevölkerung finanzielle Anreize zum Wachstum. Awad begann sich zu fragen, ob er dieses Ziel wirklich erreichen wolle, wenn Oslo der Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung sei.

Als im September 2000 die zweite *Intifada* mit palästinensischen Selbstmordattentaten und israelischen Invasionen und Raketenangriffen ausbrach, kamen der Dialog und die friedensstiftenden Aktivitäten von Gruppen wie dem *Holy Land Trust* zum Erliegen. Der Fokus lag für Awad nun auf gewaltfreiem Widerstand, was weder populär, noch einfach war. Es war die blutigste Zeit der israelisch-palästinensischen Kämpfe seit dem Krieg von 1948. Mehr als 3.000 Palästinenser und 1.000 Israelis wurden getötet. Durch die Militarisierung der Intifada war es gefährlich geworden, Israel in irgendeiner Weise, auch friedlich, zu konfrontieren.

Dennoch gelang es Awad und anderen Aktivisten, einen kleinen Raum für gewaltfreien Widerstand zu schaffen. Er demonstrierte gegen die Landbeschlagnahme im Westjordanland und nach 2002 gegen den Bau dessen, was Israelis als Sicherheitszaun bezeichnen und die Palästinenser die Apartheidmauer nennen.

Die Barriere - eine Mischung aus acht Meter hohen Betonplatten, Zäunen und Stacheldraht - durchschneidet das Westjordanland und Jerusalem trennt Palästinenser voneinander und Dorfbewohner von ihrem Land. Durch die Barriere wurde fast 10% des Westjordanlands von Israel annektiert. Im besetzten Ost-Jerusalem wurden bis zu einem Drittel der palästinensischen Bevölkerung von ihren Schulen, Kliniken und Arbeitsplätzen getrennt. Morgens um 4:00 und 5:00 Uhr konnte man dichtgedrängte Massen an Menschen aus Jerusalem und dem Westjordanland sehen, die sich wie Vieh zusammengepfercht, durch die Sperranlagen auf die andere Seite der Mauer bewegten.

Als die Gewalt während der zweiten Intifada weiter eskalierte, nahm eine Kampagne internationaler Solidarität mit den Palästinensern Fahrt auf. In den ersten Monaten des Aufstandes errichteten Studenten der University of California in Berkeley Atrappen von Kontrollpunkten und zeigten Banner, die dazu aufriefen „aus der israelischen Apartheid zu Deinvestieren“. 2002 unterzeichnete Harvard eine Desinvestitionspetition.

Im südafrikanischen Durban, forderten Vertreter von rund 3.000 NGOs neben einer umstrittenen UN-Weltkonferenz gegen Rassismus „die internationale Gemeinschaft auf, eine Politik der vollständigen Isolation Israels als Apartheidstaat durchzusetzen“. Boykott- und Desinvestitionskampagnen in den USA, Großbritannien und Europa wurden von einigen israelischen Akademikern und einer großen Zahl von Palästinensern unterstützt.

Internationale und israelische Aktivisten strömten zur Unterstützung in das Westjordanland und den Gazastreifen. Ihre Anwesenheit führte dazu, dass die israelische Armee vorsichtiger agierte, was für palästinensische Demonstranten einen gewissen Schutz bot. Awad arbeitete noch immer mit Israelis, bestand nun aber darauf, dass jede Zusammenarbeit nicht auf Koexistenz, sondern auf Ko-Widerstand, mit

Palästinensern an der Spitze, basieren solle. Er wurde zusammen mit Mitgliedern von Aktionsgruppen wie der „Internationalen Solidaritätsbewegung“ (International Solidarity Movement), den „Teams der christlichen Friedensstifter“, (Christian Peacemaker Teams) und den israelisch geführten „Anarchisten gegen die Mauer“ (Anarchists Against the Wall), mit Tränengas beschossen, geschlagen und inhaftiert.

Nach einer Woche oder länger unter den palästinensischen Dorfbewohnern, kehrten die ausländischen Aktivisten zu ihren Universitäten, Kirchengruppen und Gewerkschaften zurück und erklärten, dass es eine wenig beachtete palästinensische gewaltfreie Widerstandsbewegung gebe - und dass sie durch Desinvestition und Boykott unterstützt werden könne.

Der Aufruf der BDS-Bewegung erfolgte zum einjährigen Jubiläum eines historischen Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs. „Hätte es Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Umsetzung des ICJ-Urteils gegeben“, sagte Ingrid Jaradat, Gründungsmitglied der BDS-Kampagne, „hätte es keinen BDS-Aufruf gegeben“.

Das Hampshire College, die erste US-Hochschule, die sich zur Deinvestition entschloss, war auch die erste US-Schule gewesen, die Investitionen aus Südafrika abzog. Die Kampagne wurde von einem israelischen Studenten namens Matan Cohen angeführt, der mit 17 Jahren von israelischen Streitkräften bei einer Demonstration gegen die Trennmauer in ein Auge geschossen worden war. Der gewaltfreie Aktivismus der zweiten Intifada war der Auftakt zu einer weltweiten Boykottkampagne. Die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung wurde am 9. Juli 2005 mit einer Grundsatzerklärung, dem so genannten BDS-Aufruf, gegründet. Es war eine Art letzter Ausweg.

Die Palästinenser waren durch die militärische Niederschlagung der zweiten Intifada erdrückt worden. Die lebende Verkörperung der palästinensischen Nationalbewegung, Yasser Arafat, war tot. Sein neu installierter Ersatz, Mahmoud Abbas, wurde mehr als jeder andere Palästinenser mit dem Osloer Friedensprozess identifiziert.

Obwohl Abbas' Führung eine Pause von der Gewalt zu bieten schien, versprach sie auch eine Rückkehr zu einer Strategie der Diplomatie und Zusammenarbeit, die wenig dazu beigetragen hatte, die Besatzung zu beenden. Wenn es Druck auf Israel geben sollte, den Palästinensern die Freiheit zu geben, dann musste dieser von der Basis und von außen kommen.

Der Aufruf der BDS-Bewegung erfolgte zum einjährigen Jubiläum eines historischen Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs. Das Gericht urteilte, dass Israels Trennmauer illegal war, dass Israel sie „unverzüglich“ abbauen müsse und denjenigen, denen sie Schaden zugefügt hatte, Wiedergutmachungen anbieten musste und dass jeder Unterzeichner der vierten Genfer Konvention - also fast jeder Staat der Welt - verpflichtet sei, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch Israel sicherzustellen. Aber Israel ignorierte das Urteil, und weder die PLO noch die internationale Gemeinschaft unternahmen einen wirklichen Versuch, die Beschlüsse des Gerichts durchzusetzen. „Hätte es Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Umsetzung des ICJ-Urteils gegeben“, sagte Ingrid Jaradat, Gründungsmitglied der BDS-Kampagne, zu mir „hätte es keinen BDS-Aufruf gegeben“.

Mehr als 170 palästinensische Organisationen aus den besetzten Gebieten, Israel und im Ausland, befürworteten den Aufruf zu BDS. Sie bildeten das gesamte politische Spektrum ab- Linke und Religiöse, Anhänger zweier Staaten und Anhänger eines Staates. Sie schließen palästinensische nationale und islamischen Kräfte ein, Koordinierungsgremien jeder bedeutenden politischen Partei, ebenso wie große Gewerkschaften, Flüchtlingslagerkomitees, Gefangenenorganisationen, künstlerische und kulturelle Zentren und gewaltfreie Widerstandsgruppen, darunter der Holy Land Trust von Sami Awad. Heute bilden 29 dieser Organisationen das BDS-Nationalkomitee oder BNC, einen Führungsrat.

Die wichtigste Neuheit des BDS-Aufrufs war nicht die von ihm befürwortete Taktik. Boykott- und Desinvestitionskampagnen waren bereits im Jahr 2005 weit verbreitet, und sogar Sanktionen und Waffenembargos waren bereits zuvor vorgeschlagen worden, auch von der UN-Generalversammlung.

Das Neue an BDS waren die unterschiedlichen Kampagnen, um Israel unter Druck zu setzen und diese um drei klare Forderungen zu vereinen, eine für jede Hauptkomponente des palästinensischen Volkes. Erstens die Freiheit für die Bewohner der besetzten Gebiete, zweitens Gleichheit für die palästinensischen Bürger Israels und drittens Gerechtigkeit für die palästinensischen Flüchtlinge außerhalb des Landes - der größten Gruppe - einschließlich des Rechts auf Rückkehr in ihre Heimat.

Der BDS-Aufruf war eine Herausforderung nicht nur für Israel, sondern auch für die palästinensische Führung. Sie stellte eine konzeptionelle Neuausrichtung des nationalen Kampfes dar, die eher den

ursprünglichen Positionen der PLO entsprach - bevor sie durch militärische Niederlage, internationalen Druck und politischen Pragmatismus gezwungen wurde, das Ziel eines einzigen demokratischen Staates aufzugeben und stattdessen einem Zwei-Staaten-Kompromiss zuzustimmen.

Die Weltmächte hatten den Palästinensern eine Zweistaatenlösung als Geschenk präsentiert. Doch für die Palästinenser war es eindeutig ein Geschenk an Israel, denn sie, als die Einheimischen, würden auf 78% ihres Landes verzichten. Zu Beginn des Zionismus, im späten 19. Jahrhundert, machten Araber mehr als 90% der Bevölkerung aus, und mehr als zwei Drittel 1948, vor Israels Unabhängigkeitskrieg. In diesem Jahr wurde das Gebiet des späteren Israel von 80% der palästinensischen Bevölkerung geleert, die dann an der Rückkehr in ihre Heimat gehindert wurde.

Die PLO wurde etwa 16 Jahre später, im Jahr 1964, gegründet, bevor es eine israelische Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens gab. Die Befreiung der gesamten Heimat und die Rückkehr ihrer ursprünglichen Bewohner, wurde das Hauptziel des palästinensischen Anliegens.

Im Laufe der Zeit wurde die Zweistaatenlösung zu einem bedeutungslosen Slogan.

Je weniger plausibel er schien, desto lauter wurde er verkündet.

Mit der ersten Intifada und dem Oslo-Abkommen von 1993, durch das sie beendet wurde, waren jedoch viele Palästinenser bereit, die Zwei-Staaten-Formel zu akzeptieren, nicht weil sie als fair ansahen, sondern weil es für das Beste gehalten wurde, auf was sie hoffen konnten. Der Deal klang jedoch immer schäbiger, als sich die Details verschiedener Friedensvorschläge herausstellten. Die Palästinenser würden nicht nur 78% ihres Heimatlandes, sondern auch das von großen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten eingenommene Land aufgeben müssen.

Sie würden die Souveränität in weiten Teilen des besetzten Ostjerusalems, ihrer zukünftigen Hauptstadt, und der Altstadt, die ganz in ihre Zuständigkeit fällt, aufgeben müssen. Sie müssten zustimmen, dass ein Friedensvertrag die Rückkehr der meisten Flüchtlinge in ihre Heimat nicht erlauben würde, unähnlich anderer Friedensabkommen, das seit der ersten Aushandlung eines endgültigen Abkommens zwischen Israelis und Palästinensern im Jahr 1995 unterzeichnet wurde.

Sie müssten alle Forderungen an Israel aufgeben - einschließlich der Forderung nach Gleichberechtigung der palästinensischen Bürger, die mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ausmachen. Im Gegenzug erhielten sie einen Westjordanland-Gaza-Staat, den die israelischen Ministerpräsidenten, von Yitzhak Rabin bis Benjamin Netanyahu, als „Minus-Staat“, oder als „eine Einheit, die weniger ist als ein Staat“ bezeichneten.

Während der Verhandlungen mit Israel hatte die PLO jedem dieser Zugeständnisse zugestimmt, wenngleich nur wenige von ihnen durch das Völkerrecht unterstützt wurden. Als selbst diese Zugeständnisse schließlich nicht mehr ausreichten, um die Besetzung zu beenden, wurden immer mehr Palästinenser der Idee von zwei Staaten gegenüber sauer. Nicht nur war der ursprüngliche Zwei-Staaten-Kompromiss bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt worden, selbst die abgespeckte Version glich jetzt einer Fata Morgana.

Zum Zeitpunkt des BDS-Aufrufs war die Besetzung des Westjordanlands und des Gazastreifens durch Israel fast vier Jahrzehnte alt. Die Zahl der Siedler hatte sich seit Oslo fast verdoppelt und erreichte 2005 fast eine halbe Million. Viele von ihnen wohnen nicht in Wohnmobilen, sondern in Städten mit Einkaufszentren, Parks, öffentlichen Bädern und mehrspurigen Autobahnen, die sie nahtlos mit Israel verbinden. Die Idee, auch nur ein Drittel dieser stetig wachsenden Bevölkerung zu entfernen, klang unplausibel. Die USA und andere Mächte taten kaum mehr als ab und zu zu mahnen. Sie versprachen den Palästinensern, dass die Situation bald mit der Gründung eines unabhängigen Staates enden würde.

Im Laufe der Zeit wurde die Zweistaatenlösung zu einem bedeutungslosen Slogan. Je weniger plausibel er schien, desto lauter wurde er verkündet. Doch solange es noch vorstellbar war, weigerten sich die Weltmächte, von Israel zu verlangen, den Palästinensern Staatsbürgerschaft und gleiche Rechte zu gewähren. Das Zwei-Staaten-Konzept wurde damit von einer möglichen Lösung der israelischen Besetzung zum primären Vorwand für den Vorenthalt der Gleichberechtigung der Palästinenser. Es war auch der Hauptgrund, die Mehrheit der Palästinenser im Exil zu halten: Um die jüdische Mehrheit Israels zu erhalten, müssten die Flüchtlinge in Lagern außerhalb der Grenzen Israels verharren, bis es einen palästinensischen Staat geben würde, der sie aufnehmen konnte. Die BDS-Bewegung bot eine Alternative. Sie lehnte es ab, von fiktiven Lösungen zu sprechen, sei es von zwei oder einem Staat. Das grundlegendste Problem besteht ihrer Ansicht nach nicht darin, zu entscheiden, welche Art von Regelung das derzeitige System ersetzen sollte; das Problem besteht darin, Israel zu zwingen, es überhaupt zu ändern. Zwei Staaten gegen einen zu debattieren würde bedeuten, Engel auf die Spitze einer Nadel zu zählen, solange Israel sich mit fortwährender Besetzung wohl genug fühlt, um diese einer der Lösungen vorzuziehen.

Israel reagierte zuerst langsam, dann energisch auf die BDS -Bewegung. Yossi Kuperwasser, der den Spitznamen Kuper trägt, leitete die Bemühungen der israelischen Regierung gegen die BDS-Bewegung bis 2014. Er arbeitet jetzt für das *Jerusalem Center for Public Affairs*, einen konservativen Think Tank von Dore Gold, einem ehemaligen israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen und langjährigen Vertrauten des israelischen Premierministers Benjamin Netanyahu. Kuperwasser, mit herausgewachsenem Stoppelhaarschnitt, einer rauen Stimme und der israelischen Gewohnheit, Pausen mit einem „ehh“ zu füllen, ist ein engagierter und emphatischer Gesprächspartner. Ebenso wie seine Frau Tsionit („Zionist“ auf Hebräisch), spricht er gut Arabisch. Kuper leitete während der zweiten Intifada die renommierte Forschungsabteilung des militärischen Geheimdienstes und wurde 2009 zum Generaldirektor des Ministeriums für strategische Angelegenheiten ernannt.

Es war Kuperwasser, der das Ministerium zur Kommandozentrale für den so genannten Kampf gegen die BDS-Bewegung machte. Er begann seine Arbeit kurz nach dem Gaza-Krieg 2008-2009, der 13 Israelis und rund 1.400 Palästinenser tötete und die BDS-Aktivitäten ankurbelte.

Für die BDS-Bewegung war der Vorwurf der Apartheid, nicht lediglich eine provokative Analogie zu Südafrika, sondern ein Rechtsanspruch, der auf dem in internationalen Konventionen und dem Gründungsstatut des Internationalen Strafgerichtshofs definierten Verbrechen der Apartheid beruht.

Im September 2009 wurde Israels internationales Ansehen durch den Bericht der UNO über den Krieg, der von einer Untersuchungsmission unter der Leitung des bedeutenden südafrikanischen Juristen Richard Goldstone verfasst wurde, schwer geschädigt. Er stellte fest, dass Israel und palästinensische bewaffnete Gruppen Kriegsverbrechen begangen hatten und dass Israel „vorsätzliche Angriffe auf Zivilisten“ mit „der Absicht, Terror zu verbreiten“ durchgeführt hatte. Der Bericht stellte auch fest, dass die anhaltende Blockade des Gazastreifens - „die Reihe von Handlungen, die den Palästinensern... Existenzmittel, Beschäftigungsmöglichkeiten, Wohnraum und Wasser vorenthalten, ihre Bewegungsfreiheit und ihr Recht auf Ausreise und Einreise in ihr eigenes Land verweigern“ - möglicherweise ein Menschheitsverbrechen darstellt.

Kuperwasser sagte, es sei der Goldstone-Bericht, der Israel zuerst auf die ernste Bedrohung durch die so genannte „Delegitimierung“ aufmerksam machte. Ende 2009 identifizierte Netanyahu die Delegitimierung als eine von drei wesentlichen Bedrohungen für Israel, neben dem iranischen Atomprogramm und der Verbreitung von Raketen in Gaza und im Libanon. Seitdem ist es üblich geworden, dass führende israelische Politiker BDS und Delegitimierung als "existentielle" oder „strategische“ Bedrohung bezeichnen.

Einige der Mitte-Links-Kommentatoren Israels, die alle gegen die BDS-Bewegung sind, sehen die internationale Kampagne der Regierung gegen die BDS-Bewegung dennoch eher zynisch. Sie glauben, dass sie in erster Linie von der Innenpolitik getrieben wird. Sie weisen darauf hin, dass seit der Gründung der BDS-Bewegung vor 13 Jahren der Handel Israels mit der Außenwelt tatsächlich zugenommen hat und seine diplomatischen Beziehungen zu Indien, China, afrikanischen Staaten und sogar der arabischen Welt gewachsen sind. Viele israelische Mainstream-Kommentatoren sehen die BDS-Bewegung und israelische Politiker der Linken und Rechten in Symbiose: Die israelische Linke droht, dass BDS und Delegitimierung einen internationalen „diplomatischen Tsunami“ gegen Israel auslösen werden; die israelische Rechte betreibt ihre übliche Panikmache über externe Bedrohungen, um Unterstützung im In- und Ausland zu gewinnen. Die BDS-Bewegung verweist unterdessen auf jede übertriebene israelische Aussage als Beweis für ihren eigenen Erfolg.

Kuperwasser jedoch sagt, dass die Bedrohung, die BDS darstellt, sehr real ist, und dass es nicht gelingen wird, sie zu ignorieren oder lediglich als Ärgernis zu behandeln: „Bis 2010 haben wir diese Politik ausprobiert, und die Ergebnisse waren nicht gut.“ Noch wichtiger sei, dass die Bewertung der Auswirkungen der BDS-Bewegung auf den Handel Israels grundlegend falsch sei. „Die Kernfrage ist nicht, ob sie uns boykottieren oder nicht“, sagte Kuperwasser. „Die Kernfrage ist, ob es ihnen gelingen wird, im internationalen Diskurs eine Debatte zu initiieren, dass Israel als jüdischer Staat unrechtmäßig ist.“

Mehr als 20% der 8,8 Millionen Einwohner in Israel sind PalästinenserInnen. Sie sind die verbliebenen Überlebenden und Nachkommen derjenigen, die während des Krieges 1948 innerhalb der Grenzen des jetzigen Staates Israel blieben. Haneen Zoabi, eine 49-jährige Palästinenserin aus Nazareth, ist seit 2009

Mitglied des israelischen Parlaments, und unterstützt die BDS-Bewegung. Sie ist Israels schärfste Kritikerin im Parlament, wo sie regelmäßig die israelische Politik gegenüber den Palästinensern verurteilt und Israel beschuldigt, ein Apartheidstaat zu sein. Auf YouTube gibt es zahlreiche Videos von ihr, wie sie ruhig am Podium steht und versucht zu sprechen, während sie von wütenden israelischen Parlamentariern unterbrochen wird, und von einigen als „Verräter“, oder mit Sprüchen wie „Geht nach Gaza!“ beschimpft wird. Miri Regev, eine führende Likud-Abgeordnete, forderte ihre Deportation. Zoabi wurde schon mehrfach strafrechtlich verfolgt wegen Aufhetzung und von der Knesset suspendiert, zuletzt im März, weil sie die Tötung von Palästinensern durch die israelische Armee als Mord bezeichnet hatte.

Während Israel palästinensischen Bürgern wie Zoabi erlaubt, zu wählen und ein Mandat innezuhalten, hat der Staat den Besitz an Land seiner palästinensischen Bürger stets als Bedrohung betrachtet und offizielle Regierungspläne zur „Judaisierung“ arabischer Gebiete und zur Verminderung der palästinensischen Präsenz umgesetzt. Nach dem Krieg von 1948 blieben nur noch 20% der Palästinenser auf dem Gebiet, das zum Staat Israel werden sollte, ein Viertel von ihnen wurde innerhalb des Landes vertrieben.

Für die palästinensischen Bürger galt Militärgesetz bis 1966, für sie galten Ausgangssperren und Beschränkungen. Der israelische Staat beschlagnahmte etwa die Hälfte ihres Landes und erließ Gesetze, die sie daran hinderten, es bis heute zurückzuerhalten.

Zehntausende PalästinenserInnen leben in Dörfern, die vor der Gründung des Staates Israel bestanden, jedoch von diesem Staat nicht anerkannt werden. Sie sind daher vom Abriss und gewaltsamer Vertreibung bedroht und sie erhalten nur wenige bis gar keine Grundversorgung, wie zB. Wasser und Strom.

[...]

Hunderte jüdischer Gemeinden haben Zulassungskomitees, die gesetzlich dazu befugt sind, Antragsteller aufgrund ihrer „sozialen Eignung“ abzulehnen, was den Ausschluss von Nichtjuden ermöglicht. „Was wir Palästinenser in Israel erleben, ist Apartheid, nicht Diskriminierung“, sagte Zoabi. „Israel versucht zu sagen: Wir sind ein gutes Israel, das im Westjordanland und im Gazastreifen schlechte Dinge tun muss. Nein, sieh dir an, wie Israel seine eigenen Bürger behandelt, die keinen Stein werfen!“

Israels langjährige Politik der Ungleichheit wurde im Juli 2018 durch ein „Basisgesetz“ - Israels Version von Verfassungsgesetzen - untermauert, das den Status der arabischen Sprache herabsetzt und besagt, dass nur Juden ein Recht auf Selbstbestimmung in Israel haben und erklärt: „Der Staat betrachtet die Entwicklung der jüdischen Ansiedlung als einen nationalen Wert und wird dementsprechend handeln, um ihre Gründung und Konsolidierung zu fördern.“

[...]

Trotz ihrer völlig gegensätzlichen Ziele, stimmen die israelische Rechte und die Führer der BDS-Bewegung in ihrer Analyse in einigem überein. Beide erklären, dass es beim israelisch-palästinensischen Konflikt im Kern um den Zionismus und die Vertreibung der Mehrheit der Palästinenser im Jahr 1948 und nicht um die Eroberung von Gaza, Ost-Jerusalem und dem Rest des Westjordanlandes durch Israel im Jahr 1967 geht und dass die Siedlungen nicht anders behandelt werden sollten als die Reigierung die sie geschaffen hat. [...]

Doch während die BDS-Bewegung darauf setzt, dass diese Auseinandersetzung zu dem Schluss führen muss, dass der Zionismus grundsätzlich rassistisch ist und abgelehnt werden sollte, ist Kuperwasser überzeugt, dass es die Palästinenser sind, die blossgestellt werden. „Die Palästinenser gehen ein sehr großes Risiko ein“, sagte er. „Denn meiner Meinung nach besteht eine gute Chance, dass die Welt ihre Vorstellung ablehnen wird“. Die Leute werden sagen: „Das ist es, was die Palästinenser wollen?! Wir sind völlig dagegen.... Sie sind verrückt; sie wollen, dass Israel verschwindet.“ Wenn das passiert, fügte er hinzu, werden die Palästinenser nicht einmal einen Westjordanland-Gaza-Staat bekommen, den, wie er glaubt, die PLO noch immer als die erste Stufe zur Befreiung ganz Palästinas betrachtet.

[...]

Für die BDS-Bewegung war der Vorwurf der Apartheid, der nach Beginn der zweiten Intifada im Jahr 2000 an Bedeutung gewann, nicht lediglich eine provokative Analogie zu Südafrika, sondern ein Rechtsanspruch, der auf dem in internationalen Konventionen und dem Gründungsstatut des Internationalen Strafgerichtshofs definierten Verbrechen der Apartheid beruht: „ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Herrschaft einer ethnischen Gruppe über eine oder mehrere andere Gruppen, mit der Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten“.

Das Konzept der Apartheid wurde für die BDS-Bewegung zentral. Während die Palästinensische Autonomiebehörde versuchte, ihre Autonomie und ihre staatsähnlichen Merkmale hervorzuheben, unterstrich die BDS-Bewegung die Unterwürfigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde gegenüber Israel. Für Befürworter des Zweistaatenmodells war die PA ein nationalistisches Projekt, das auf eine

mögliche Unabhängigkeit hinarbeitete, während sie im Rahmen der Apartheid lediglich ein israelischer Statthalter war. Die BDS-Führer betonten die faktisch bestehende „Einstaatenrealität“ von Israel-Palästina - die selbst unter den Anhängern Israels erkannt wurde und von denen viele bestürzt darüber waren, dass das Land schließlich gezwungen werden könnte, aufzuhören ein jüdischer Staat zu sein.

Haidar Eid „Ich denke Gleichheit ist nicht beängstigend! Wenn Sie gegen Gleichheit und Gerechtigkeit sind, sind Sie gegen die Menschenrechte.“

Unter den Mitte-Links-Anhängern Israels und seinen Feinden war ein gemeinsame Staat kein Plan für die Zukunft, der angestrebt oder verhindert werden sollte, sondern eine genaue Beschreibung der Realität vor Ort, die immer schwieriger zu entflechten wurde. Juden waren bereits eine Minderheit auf dem Territorium unter Israels Kontrolle, die die palästinensischen Grenzen, Export und Import, Zolleinnahmen und Reise- und Arbeitsgenehmigungen regeln.

Rechtlich, wirtschaftlich und administrativ waren die jüdische und palästinensische Bevölkerung miteinander verflochten. Je mehr sich diese Einstaatenrealität verfestigte, desto mehr resonierte die Anklage der Apartheid und desto schwieriger ist es, sie durch Teilung in zwei Staaten rückgängig zu machen. Ein Kampf gegen die Besatzung könnte mit einem militärischen Rückzug abgeschlossen werden, aber ein Kampf gegen Apartheid könnte nur mit dem Ende einer staatlichen Politik gewonnen werden, die Nichtjuden diskriminierte.

Im Westjordanland wurde den Palästinensern das Recht verweigert, für die Regierung zu stimmen, die ihr Leben kontrolliert, sie wurden der Versammlungs- und Bewegungsfreiheit beraubt, der gleichberechtigte Zugang zu Straßen, Ressourcen und Land verboten und sie können auf unbestimmte Zeit ohne Anklage inhaftiert werden.

Den Gazastreifen können die Palästinenser nicht ohne die Erlaubnis Israels, oder seines Verbündeten Ägypten verlassen und betreten, sie können nichts importieren oder exportieren oder sich der Grenze nähern. In Jerusalem wurden sie voneinander getrennt und von Kontrollpunkten und Mauern umgeben. In Israel wurden sie von ihrem Land vertrieben, daran gehindert ihre enteigneten Häuser zurück zu fordern und in Gemeinden zu leben, die ausschließlich von Juden bewohnt werden. Diejenigen außerhalb des Landes wurden daran gehindert, sich mit ihren Familien in Israel-Palästina zu vereinigen, oder in ihre Heimat zurückzukehren, nur weil sie keine Juden waren.

Obwohl die Staats- und Regierungschefs in der Öffentlichkeit endlos von einer Zweistaatenlösung sprachen, bezweifeln viele privat, dass dies noch möglich ist. Sie verurteilten regelmäßig den Bau von Siedlungen (da diese, anders als die Besatzung, illegal waren), aber sie taten nichts, um das Siedlungswachstum rückgängig zu machen. Sie forderten Freiheit für die Palästinenser, aber nicht durch Gleichberechtigung und Staatsbürgerschaft in einem Staat - unter anderem auch deshalb, weil das Völkerrecht es Israel verbietet, gewaltsam erworbenes Territorium zu annektieren. Sie sahen, wie Israel eine Zwei-Staaten-Lösung untergrub und Maßnahmen ergriff, um die Palästinenser ihrer Rechte zu berauben. Aber sie würden keinen wirklichen Druck auf Israel ausüben, solange es die Absicht kundtat, den Palästinensern eines Tages eine begrenzte Form der Unabhängigkeit zu gewähren. Israel durfte das ganze Land behalten und dabei die Mehrheit seiner indigenen Bevölkerung ausschließen, so wie es Südafrika angestrebt hatte. In der Neudefinition des Konflikts als Fall von Apartheid sahen BDS-Aktivisten einen Ausweg aus dieser Falle. Die Kategorie „Apartheid“ könnte auch die größte Schwäche der Palästinenser - ihre Fragmentierung - beseitigen, indem sie sie in einem gemeinsamen Kampf gegen ein einziges, diskriminierendes Regime vereint.

Im Januar diesen Jahres traf ich in Gaza den Professor für Literatur an der Al-Azhar-Universität und Mitbegründer der BDS-Bewegung in Gaza, Haidar Eid. [...] Eid sagte, dass er die Menschen noch nie unter solch einer Last erlebt hätte in Gaza. Das war nur einige Wochen bevor die Bewohner des Gazastreifens den „Großen Marsch der Rückkehr“ initiierten, die wöchentlichen Proteste entlang des Gaza-Grenzzauns, bei denen israelische Scharfschützen mehr als 100 unbewaffnete Demonstranten töteten und mehrere tausend weitere verwundeten.

[...]

Wie mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Gazas sind Eid und seine Familie Flüchtlinge aus einem Dorf im heutigen Israel. Er lehnte das Osloer Abkommen ab, weil es die palästinensischen Flüchtlinge ignorierte. „Oslo“, sagte er, „reduzierte das palästinensische Volk auf die Bewohner des Westjordanlands und des Gazastreifens.“ Aber es waren die Flüchtlinge, die die palästinensische Nationalbewegung gründeten und die

die Mehrheit der Palästinenser weltweit ausmachten. Er sagte: „Die palästinensische Frage ist eine Sache: das Recht auf Rückkehr.“

Eids Dorf, Zarnuqa gibt es nicht mehr, seine palästinensischen Bewohner wurden vertrieben. In ganz Israel ist das Land der Flüchtlinge weitgehend leer oder dünn besiedelt, so dass bekannte Forscher wie der palästinensische Historiker Salman Abu Sitta schätzen, dass die meisten zurückkehren könnten, ohne die Israelis zu verdrängen. Eid stellte fest, dass eine Zwei-Staaten-Lösung bedeute, die meisten Flüchtlinge von einer Rückkehr auszuschließen, da Israel jede mögliche Bedrohung für seine jüdische Bevölkerungsmehrheit ablehne. **(Es gibt einen Mythos, der von einigen Unterstützern Israels verbreitet wird, dass Palästinenser die einzigen Menschen sind, deren Flüchtlingsstatus sich auf ihre Nachkommen vererbt. Auf dieser Grundlage haben die Trump-Regierung und ihre Verbündeten im Kongress versucht, die UN-Hilfe für Millionen von palästinensischen Flüchtlingen, die nach dem Krieg von 1948 geboren wurden, zu kürzen. Tatsächlich ist es weltweit üblich, staatenlosen Nachkommen den Flüchtlingsstatus zu gewähren. [...])**

Eid verbrachte sechs Jahre in Johannesburg, wo er promovierte, sein Englisch ist mit einem leicht südafrikanischen Akzent gefärbt. Er verglich Gaza und die palästinensischen Flüchtlingslager außerhalb der Grenzen Israels mit den Bantustans, in denen schwarze Südafrikaner unter der Apartheid leben mussten; er ist der Ansicht, dass eine Zweistaatenlösung die Apartheid nicht beenden, sondern festigen und einen geschwächten, unzusammenhängenden Westbank-Gaza-Staat schaffen würde, der einen fragwürdigen Unabhängigkeitsstatus hätte.

Die Zweistaatenlösung ist seiner Meinung nach im Wesentlichen ein rassistischer Vorschlag, da sie darauf abzielte, eine jüdische ethnische Mehrheit zu erhalten, mit rechtlich sanktionierter Diskriminierung von Nichtjuden. Er bevorzugt einen gemeinsamen, demokratischen, nicht-rassistischen, nicht-religiösen Staat, der ein „großer Kompromiss für die Palästinenser“ sei, weil er den Siedlern und Besatzern „Staatsbürgerschaft und Verzeihung“ geben würde. Eid wandte sich gegen die falschen Drohungen der PLO, ein solches Ergebnis anzustreben, was er als einen fehlgeleiteten Versuch, die Israelis zu verunsichern hält, damit sie die ethnische Teilung akzeptieren: **„Ich denke Gleichheit ist nicht beängstigend! Wenn Sie gegen Gleichheit und Gerechtigkeit sind, sind Sie gegen die Menschenrechte.“**

[...]

Obwohl die BDS-Bewegung bisher der israelischen Wirtschaft noch keinen größeren Schaden zugefügt hat, ist ihr Aufstieg im Verleich mit der jahrzehnte lang andauernden Kampagne in Südafrika ziemlich steil. Institutionelle Investoren wie der niederländische Pensionsfonds PGM und die United Methodist Church haben sich von israelischen Banken zurückgezogen. Die Presbyterianische Kirche, die United Church of Christ und Norwegens größter privater Pensionsfonds haben sich von Unternehmen getrennt, die von der israelischen Besatzung profitieren. Und große Firmen wie Veolia, Orange, G4S und CRH haben sich nach Boykottkampagnen ganz oder überwiegend aus Israel zurückgezogen. Dutzende von Studentenorganisationen und zahlreiche akademische Verbände haben Boykott- und Desinvestitionsinitiativen unterstützt. Und viele Musiker und Künstler haben Auftritte abgesagt oder sich verpflichtet, das Land zu boykottieren.

Nicht weniger wichtig ist, dass die BDS-Bewegung innerhalb Palästinas überzeugt hat: Während Abu Mazen 2013 erklärt hatte, dass die PLO Siedlungsboykotte unterstützt, „wir unterstützen den Boykott Israels nicht“, weil „wir Beziehungen zu Israel haben, wir haben gegenseitige Anerkennung Israels“, hat die PLO bis 2018, zumindest rhetorisch, BDS angenommen. [...] Auch internationale Organisationen wurden von der BDS-Bewegung beeinflusst, langsam von unwirksamen Verurteilungen, zu Forderungen nach praktischen Maßnahmen überzugehen.

Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen hat eine Liste von über 200 Unternehmen zusammengestellt - die meisten davon in Israel oder den besetzten Gebieten, 22 in den USA -, die an der Errichtung, dem Ausbau, oder dem Erhalt israelischer Siedlungen beteiligt sind. In der voraussichtlich bedeutendsten Entwicklung der 13-jährigen BDS-Kampagne, will das UN-Menschenrechtsbüro noch in diesem Jahr die Namen dieser Unternehmen veröffentlichen.

[...]

Die [israel.] Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, das Ausländern, die öffentlich einen Boykott Israels „oder ein Gebiet unter seiner Kontrolle“ unterstützt haben, die Einreise verbietet. Der Minister für strategische Angelegenheiten hat die Verhängung von Geldstrafen gegen israelische Organisationen, Unternehmen und in einigen Fällen Einzelpersonen gefordert, die Boykotte gegen Israel, oder die Siedlungen befürworten.

Nachdem Hagai El-Ad, der Leiter der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, den UN-Sicherheitsrat in einer Rede aufforderte, gegen die israelische Besatzung vorzugehen, rief der Vorsitzende der Regierungskoalition dazu auf, seine Staatsbürgerschaft zu widerrufen und einen Gesetzentwurf zu

erarbeiten, der jedem Israeli, der internationale Organisationen auffordert, gegen Israel vorzugehen, dasselbe tun würde.

Israel und seine Verbündeten verfolgen die gleiche Strategie auch im Ausland. Im Jahr 2014 berief Netanyahu ein Treffen von israelischen Spitzenministern ein, um mögliche Gegenmaßnahmen zu erörtern, darunter, so die israelische Tageszeitung Haaretz, „Klagen vor europäischen und nordamerikanischen Gerichten gegen [BDS] Organisationen“, „Klagen gegen Finanzinstitute, die Siedlungen boykottieren“, und „ob die Pro-Israel-Lobby in den USA, insbesondere Aipac, aktiviert werden sollte, um die Gesetzgebung im Kongress zu beeinflussen“.

Seitdem haben große Banken auf der ganzen Welt die Konten von pro-BDS-Gruppen geschlossen. In 24 US-Bundesstaaten wurden Gesetze und Verordnungen verabschiedet, die die Redefreiheit behindern, indem sie vor der Unterstützung von Boykotten Israels oder von Siedlungen abschrecken, diese bestrafen oder einschränken. Sie wurden bisher in zwei Staaten von der ACLU [American Civil Liberties Union/Amerikanische Bürgerrechtsvereinigung] angefochten.

Nach Hurrikan Harvey im letzten Sommer, verlangte die Stadt Dickinson in Texas hilfsbedürftige Bewohner, zu bestätigen, dass sie Israel nicht jetzt und in auch nicht in Zukunft boykottieren, was der Direktor des ACLU in Texas „eine eklatante Verletzung der ersten Änderung der amerikanischen Verfassung nannte, die an McCarthy-Ära Loyalitätseide erinnere“. Ein von Aipac unterstütztes föderales Anti-Boykott-Gesetz stößt ebenfalls auf Widerstand die ACLU, die argumentiert, dass „politische Boykotte durch die erste Änderung vollständig geschützt sind“, unabhängig davon, ob es um Boykott des Staates Israel, oder der Siedlungen geht.

Diese bewusste Aussparung Israels und der Siedlungen hat die liberaleren Anhänger des Staates in den amerikanischen jüdischen Gemeinden in Unruhe versetzt. Seit Jahren versuchen sie, Israel vor Sanktionen zu schützen, indem sie argumentieren, dass nur Boykotte von Siedlungen legitim seien. Nun fühlen sie sich nicht nur von der BDS-Bewegung angegriffen, sondern auch von der israelischen Regierung.

[...]

Das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten setzte die Geheimdienste ein, um die sogenannten Delegitimierer Israels zu überwachen und anzugreifen. Es wurde dazu aufgerufen eine schwarze Liste der israelischen Organisationen und Bürger zu erstellen, die die gewaltfreie Boykottkampagne unterstützen. Eine „Einheit zur Verunglimpfung“, von Boykottverfechtern wurde eingerichtet, und bezahlte Artikel in der israelischen Presse platziert. [...] Israel hat gegen 20 Organisationen ein Einreiseverbot verhängt. Unter ihnen ist das *American Friends Service Committee*, eine Quäkergruppe, die einen Friedensnobelpreis für die Unterstützung von Holocaust-Flüchtlings erhielt. Die Gruppe unterstützt die Selbstbestimmung von Israelis und von Palästinensern, ebenso wie die BDS-Bewegung.

Im vergangenen Jahr rief der israelische Geheimdienstminister Yisrael Katz öffentlich zu „gezielten zivilen Morden“ an Aktivisten wie dem BDS-Mitbegründer Omar Barghouti auf. Barghouti wurde auch vom israelischen Minister für öffentliche Sicherheit und strategische Angelegenheiten bedroht: „Bald wird jeder Aktivist, der seinen Einfluss nutzt, um den einzigen jüdischen Staat der Welt zu delegitimieren, wissen, dass er dafür einen Preis zahlen wird.... Wir werden bald mehr von unserem Freund Barghouti hören“. Kurz darauf wurde Barghouti daran gehindert, das Land zu verlassen, und letztes Jahr durchsuchten die israelischen Behörden sein Haus und verhafteten ihn wegen Steuerhinterziehung.

Das vielleicht mächtigste Instrument Israels im Kampf gegen die „Delegitimierung“ war es, Kritiker des Antisemitismus zu beschuldigen. Dazu mussten die offiziellen Definitionen des Begriffs geändert werden. Diese Bemühungen begannen in den letzten Jahren der zweiten Intifada, 2003/04, als Vor-BDS-Aufrufe zu Boykott und Desinvestition an Fahrt gewannen. Damals schlug eine Gruppe von Instituten und Experten vor, eine neue Definition von Antisemitismus zu schaffen, die Kritik an Israel mit Judenhass gleichsetzen würde. Unter ihnen war auch Dina Porat, Wissenschaftlerin der Universität Tel Aviv und Mitglied der Delegation des israelischen Außenministeriums bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 in Durban, Südafrika.

Diese Experten und Institutionen formulierten in Zusammenarbeit mit dem American Jewish Committee und anderen israelischen Interessengruppen eine neue „Arbeitsdefinition“ des Antisemitismus, die 2005 von einem EU-Gremium zur Bekämpfung von Rassismus veröffentlicht (und später verworfen) wurde. Diese Arbeitsdefinition wurde 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) modifiziert und von einer Reihe anderer Organisationen - darunter dem US-Außenministerium, das seit 2008 Antisemitismus als eine von drei Kategorien der Kritik an Israel definiert hat, die als "drei Ds" bekannt sind - verwendet, gebilligt oder empfohlen: Delegitimierung Israels, Dämonisierung und Doppelstandards. (In jüngerer Zeit stand die IHRA-Arbeitsdefinition im Mittelpunkt der Antisemitismus-Kontroverse in der Labour-Partei, die eine modifizierte Version der Beispiele zur Definition angenommen hat.

Nach der Definition des Außenministeriums umfasst die Delegitimierung „die Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes und die Ablehnung des Existenzrechts Israels“. Der Antizionismus - einschließlich der Ansicht, dass Israel ein Staat aller seiner Bürger sein sollte, mit gleichen Rechten für Juden und Nichtjuden - ist demnach also eine Form der Delegitimierung und damit antisemitisch. Nach dieser Definition sind praktisch alle Palästinenser (und ein großer Teil der ultra-orthodoxen Juden in Israel, die aus religiösen Gründen gegen den Zionismus sind) des Antisemitismus schuldig, weil sie wollen, dass Juden und Palästinenser weiterhin in Palästina leben, aber nicht in einem jüdischen Staat. Kuperwasser, zum Beispiel, steht zu der Anschuldigung: „Antizionismus und Antisemitismus sind dieselbe Frau in einem anderen Mantel.“

Das zweite D, die Dämonisierung, beinhaltet „Vergleiche der israelischen Politik heutzutage, mit der der Nazis“ - wie es der stellvertretende Stabschef der israelischen Armee während einer Rede zum Holocaust-Gedenktag 2016 tat, indem er die „widerwärtigen Tendenzen“ in Europa und Deutschland in den 1930er und 40er Jahren, mit den heute in Israel sichtbaren Tendenzen verglich.

Das letzte der drei Ds, ist die Anwendung von Doppelstandards und vertritt die Auffassung, dass die Kritik an Israel der „neue Antisemitismus“ sei, wenn er sich auf Israel konzentrierte. Doch praktisch jeder früheren Desinvestitions- und Boykottinitiative auf der ganzen Welt könnte vorgeworfen werden mit zweierlei Maß gemessen zu haben, einschließlich der Kampagne gegen die Apartheid in Südafrika, von der die meisten Befürworter schwere Übertretungen anderswo nicht beachteten, wie die Völkermorde in Kambodscha, Irakisch-Kurdistan und Osttimor.

Die neue Antisemitismus-Definition wurde in den USA schon häufig gegen Kritiker Israels eingesetzt, insbesondere in Universitäten. Lobbygruppen Israels haben verschiedene Universitäten dazu aufgefordert, die Definition des Außenministeriums zu übernehmen. [...]

Snitz fügte hinzu: „Es stimmt, dass dieser Konflikt nichts besonders ist was die Gewalt angeht. Das Besondere ist, wie sehr der liberale Westen ihn aktiv unterstützt.“

Für jüdische Zionisten außerhalb Israels – egal ob sie Israel kritisch gegenüber stehen oder es uner-schütterlich unterstützen – sind die Forderungen der BDS-Bewegung indiskutabel. Die meisten würden sagen, dass es tragisch ist, dass 80% der palästinensischen Bewohner innerhalb der Grenzen Israels während des Krieges von 1948 ins Exil gezwungen wurden, doch die Lehre aus dem Holocaust sei, dass Juden ihren eigenen Staat haben müssen, Punkt! Sie unterstützen das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in den Staat Palästina, jedoch nicht nach Israel. Sie unterstützen das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in den Staat Palästina, jedoch nicht nach Israel. Dies ist einer der Hauptgründe, warum sie so besorgt sind darüber, dass es nie einen Westjordanland-Gaza-Staat geben wird: Nur wenige bestreiten, dass Flüchtlinge ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat haben - das sei schließlich die Gründungsidee des Zionismus -, aber ohne einen palästinensischen Staat, gibt es keine gute liberale Antwort darauf, wohin die Palästinenser zurückkehren sollten.

Da die BDS-Bewegung gegen einem Staat mit gesetzlich sanktionierter Diskriminierung von Nichtjuden ist und daher die Idee eines jüdischen Staates ablehnt, sehen viele außerhalb Israels lebenden Juden dies als existentielle Bedrohung an. Nicht zuletzt dank der BDS-Bewegung wandelt sich die israelisch-palästinensische Debatte von einer Frage der Beendigung der israelischen Besatzung, die die meisten liberalen Juden nicht unterstützen, zu einem Referendum über die Rechtmässigkeit Israels, den sie für eine Tatsache halten, die sie nicht verteidigen müssen.

[...]

Viele liberale Zionisten schrecken nicht nur vor der Vehemenz einiger BDS-Aktivisten zurück, sondern auch vor der gelegentlichen Verschmelzung von Israel und dem jüdischen Volk, was sie als Antisemitismus empfinden. Simone Zimmerman, eine Mitbegründerin der amerikanisch-jüdischen Gruppe gegen die Besatzung *IfNotNow*, meint, dass die israelische Regierung daran allerdings genauso viel Schuld hätte: „Bibi Netanyahu reist um die Welt und sagt: Ich bin hier, um das jüdische Volk zu vertreten, und was die israelische Armee tut, tut sie im Namen aller Juden der Welt“.

[...]

Die Allianz zwischen Israels Verbündeten und Ultrationalisten in Europa und den USA ist zu einem zentralen Thema der BDS-Kampagne geworden. In dieser Hinsicht hat die Trump-Ära die Bewegung gefördert, ebenso wie die Regierung Netanyahu, und deren Angriffe auf die BDS-Bewegung.

[...] An einem Samstagnachmittag traf ich mich mit Kobi Snitz, einem Mathematiker, der am *Weizmann Institute of Science* in Rehovot arbeitet und Mitglied von *Boycott from Within* [Boycott von Innen] ist, einer Gruppe von Pro-BDS-Israelis, von denen die meisten Juden sind. [...]

Snitz fuhr mich in einer alten Limousine zu einem Mittagessen mit sudanesischen Linsen in Neve Sha'ananan, dem armen Viertel im Süden Tel Avivs, in dem viele afrikanische Asylbewerber leben. Wir waren die einzigen Nicht-Afrikaner im Restaurant ,oder auf der Straße. Im Grunde genommen sei Boycott eine friedliche Taktik des Widerstandes gegen unmoralische Unterdrückung; die Weigerung, krasse Ungerechtigkeit nicht zu unterstützen, sei das Mindeste, das man von jemand mit Gewissen verlangen könne.

Als wir zurück nach Jaffa fahren, vorbei an einem Gefängnis, in dem Snitz festgehalten worden war, paraphrasierte er Worte, die er vom Mitbegründer der BDS-Bewegung, Omar Barghouti, gehört hatte. „Omar sagte: Ich will nicht, dass der Westen kommt und uns rettet. Ich will nicht, dass der Westen in Israel einmarschiert. Ich bitte sie nur, unsere Unterdrückung nicht länger zu unterstützen.“ Snitz fügte hinzu: „Es stimmt, dass dieser Konflikt nichts besonders ist was die Gewalt angeht. Das Besondere ist, wie sehr der liberale Westen sie aktiv unterstützt.“

1.

Übersetzt und gekürzt: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: theguardian.com/news/2018/aug/14/bds-boycott-divestment-sanctions-movement-transformed-israeli-palestinian-debate